

Pressemitteilung des Landesverbandes Ambulantes Operieren Bayern (LAOB)
vom 16. Februar 2009

Ambulante Facharztmedizin: Patienten zeigen Politikern die gelbe Karte

Der Landesverband Ambulantes Operieren (LAO) Bayern beteiligt sich an der Aktion „Gelbe Karte“ des Ärztenetzes Oberallgäu. Auch in den Wartezimmern der bayerischen ambulanten Operateure und Narkoseärzte werden deshalb in Kürze Plakate aushängen, die Patienten dazu auffordern, den verantwortlichen Politikern für ihre missratene Gesundheitspolitik die „gelbe Karte“ zu zeigen.

München, 16. Februar 2009. Während die Spitzenpolitiker der großen Parteien noch unschlüssig an Konzepten für ihren Wahlkampf feilen, haben die ambulanten Operateure und Narkoseärzte in Bayern bereits begonnen, ihre Patienten auf die Bundestagswahlen im September 2009 einzustimmen. Wie viele andere Fachärzte auch, werden in Kürze auch in die Mitglieder des Landesverbandes Ambulantes Operieren (LAO) Bayern ihre Patienten mit der Aktion „gelbe Karte“ auffordern, gegen die aktuelle Gesundheitspolitik zu protestieren und bei der Bundestagswahl mit ihrer Stimme für den Erhalt der wohnortnahen ambulanten Medizin beim fachärztlichen Experten einzutreten.

Plakate und Postkarten für die Patienteninformation im Wahlkampf

Auf dem Wartezimmerplakat der Aktion, die vom Ärztenetz Oberallgäu ins Leben gerufen wurde, heißt es: „Nur durchschnittlich 25 Euro in drei Monaten stehen für Sie als Patient für medizinische Behandlungen bei Ihrem Facharzt zur Verfügung. Eine optimale Versorgung kann damit nicht erfolgen.“ Ärzte können zu Selbstkostenpreis ein Paket mit Protestpostkarten und Plakaten bestellen, mit ihrem eigenen Logo versehen und für die Patienteninformation im Wahlkampf einsetzen. „Das ist der einzig gangbare Weg, unseren Problemen Gehör zu verschaffen“, lobte der Vorsitzende des LAO Bayern Dr. Axel Neumann die Aktion und ergänzte: „Die Zeit des stummen Protests ist vorbei. Unsere Patienten sind sensibilisiert und begreifen, dass nicht wir Fachärzte, sondern die Politiker Urheber der unvermeidlichen Versorgungslücken sind.“

Ärzte werden genötigt, Leistungen ohne adäquate Bezahlung zu erbringen

Die jüngsten Drohungen des Bundesgesundheitsministeriums, wonach protestierende Vertragsärzte in letzter Instanz mit einem Entzug ihrer Zulassung rechnen müssen, nimmt der LAO Bayern gelassen: „Ulla Schmidt bezeichnet es als rechtswidrig, wenn Ärzte mit Verweis auf ihr Budget zum Teil Behandlungen verweigern. Wir hingegen sehen es als sittenwidrig an, niedergelassene Ärzte – immerhin freiberufliche Unternehmer, die Verantwortung für ihre Praxisstandorte und ihre Mitarbeiter tragen – zu Leistungen zu nötigen ohne eine adäquate Bezahlung zu garantieren“, erklärte Neumann.

Über den LAO Bayern

Der Landesverband Ambulantes Operieren Bayern e.V. (LAOB) vertritt als regionale Untergruppierung des Bundesverbandes Ambulantes Operieren e.V. (BAO) die Tätigkeit und Interessen der ambulanten Operateure (Chirurgen, Orthopäden, Augenärzte, Gynäkologen, Kieferchirurgen, Urologen, HNO-Ärzte und Dermatologen) und der ambulant tätigen Anästhesiologen. Der LAOB setzt sich auf Landesebene für die Förderung und Verbreitung der Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet des ambulanten Operierens ein. Politisches Ziel ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das ambulante Operieren.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter
<http://www.laob.de>

Landesverband Ambulantes Operieren Bayern e.V. (LAOB)

1. Vorsitzender Dr. Axel Neumann, 2. Vorsitzender Dr. Heribert Lindner

Fürstenriederstr. 69–71
80686 München
Tel.: 089 546888-0
Fax: 089 54688888
Vorstand@laob.de <mailto:Vorstand@laob.de>